

## Friedenserklärung der Stadt Linz 2013

Was zeichnet eine Friedensstadt aus? Es ist unter anderem der von gegenseitigem Respekt getragene *persönliche Kontakt* zwischen BewohnerInnen unterschiedlicher Herkunft, Überzeugung, Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Kultur. Und es ist das Vertrauen, das dadurch geschaffen wird. Straßenfeste, die auf Begegnung und Miteinander ausgelegt sind, bieten dafür eine gute Gelegenheit. 2013 hat die Friedensstadt Linz ein groß angelegtes Fest dieser Art auf der Wienerstraße unterstützt, das dank dem ehrenamtlichen Einsatz vieler LinzerInnen gerade in dieser Hinsicht vorbildlich war und zu weiteren Aktivitäten dieser Art ermutigt.

Solche Initiativen sind umso notwendiger als die moderne Kommunikationstechnik bei allen Vorzügen leider auch dem Hang Vorschub leistet, andere schlecht zu machen: das *Cybermobbing*, das vor allem unter SchülerInnen um sich greift und dort mit manchmal besonders fatalen Folgen. Wir bitten unsere MitbürgerInnen, Postings mit beleidigendem Charakter den BetreiberInnen solcher Internetseiten sowie den Providern und den von ihnen eingerichteten Kontroll- und Schutzinstanzen zu melden, so dass die UrheberInnen abgemahnt und notfalls gesperrt werden können.

Eine weitere Form der gewaltsamen Auseinandersetzung im virtuellen Raum, der entgegnet werden muss, ist der Cyberkrieg. Darüber hinaus sind sämtliche Formen von (ferngesteuerten) Tötungen durch immer raffiniertere technische Hilfsmittel genauso abzulehnen, wie direkte Gewalt zwischen Menschen. Alle diese Formen entlasten die Ausführenden davon, persönlich miterleben zu müssen, was sie anrichten und verringern dadurch die Hemmschwelle. Die Behauptung, dass auf diese Weise unbeteiligte ZivilistInnen geschont würden, ist nachweisbar unzutreffend. Gleichzeitig wächst in den betroffenen Bevölkerungen der Hass auf diejenigen Staaten, die keine anderen Möglichkeiten finden, Terrorereinheiten abzuschrecken – und dadurch das Rekrutierungspotential des Terrorismus.

Auch die extensive Nutzung der elektronischen Möglichkeiten seitens der Großmächte zu einer immer totaleren Überwachung jedes einzelnen – weit über das hinaus, was zur Gewaltprävention bzw. zur Aufklärung von Straftaten nötig ist – erscheint uns besorgniserregend

und nicht vereinbar mit den demokratischen Errungenschaften seit dem 18. Jhdt., auf die wir stolz sind. Nicht einmal George Orwell hat sich eine so lückenlose Überwachung aller Lebensbereiche durch den „Big Brother“ vorstellen können, wie sie im Verlauf des Jahres 2013 dank einiger mutiger Whistleblower bekannt geworden sind.

Der in *Syrien* drohende dritte internationale Nahostkrieg seit der Jahrtausendwende wird durch diese Methoden kaum weniger blutig und zerstörerisch verlaufen oder mehr Erfolg im Sinne stabiler demokratischer und friedlicher Verhältnisse bringen als die beiden vorangegangenen im Irak und in Libyen sowie die militärische Intervention in Afghanistan. Frieden ist im Nahen, mittleren und fernen Osten mit Gewalt nicht zu haben. So abscheulich das Verbrechen des Chemiewaffeneinsatzes (durch wen auch immer) mit über 1400 Toten war: Wir begrüßen die gegenwärtige Tendenz der Weltmächte, zur zivilen Konfliktbearbeitung zurückzukehren und appellieren an sie, zugleich die Waffenlieferungen an alle Konfliktparteien einzustellen bzw. zu unterbinden. Das gilt für den gesamten arabischen Raum ebenso wie für andere Krisenregionen.

Die politischen Bemühungen der EU in *Ägypten*, mit *allen* Betroffenen Gespräche zu führen und nach möglichen Kompromissen und Auswegen aus Sackgassen zu suchen, weisen aus unserer Sicht den richtigen Weg, auch wenn sie im ersten Anlauf keinen Erfolg hatten. Frieden braucht friedliche Mittel, Geduld und eine nicht nachlassende Zähigkeit.

Doch auch die europäische Politik hat eine gewaltige Schattenseite: das Sterbenlassen an den südlichen Grenzen der EU.

Wenn

- FischerInnen – wie im Kanal von Sizilien – aus Angst, in ihren Netzen Leichen zu finden, sich gezwungen sehen, auf ihren Bordcomputern diejenigen Meeresstellen mit Totenköpfen markieren, an denen Flüchtlingsboote gesunken sind,
- in einzelnen Jahren zwischen der senegalesischen Westküste und den Kanaren nach Schätzung der kanarischen Polizei bis zu 7000 Menschen ertrinken,
- Passagier- und Frachtdampfern im Mittelmeer nahe gelegt wird, ihre Route zu ändern, weil dort (Flüchtlings-)Boote in Seenot sind oder bereits sinken,
- von 1993 bis 2012 mindestens 13.500 Menschen allein im Mittelmeer auf See oder in den Minenfeldern zwischen Griechenland und der Türkei bei dem verzweifelten Versuch umgekommen sind, die EU zu erreichen,

dann müssen wir – vor dem Hintergrund des Massenmordens im 20. Jahrhundert – unsere Stimme erheben.

Es ist an der Zeit, die *Ursachen* dieser entsetzlichen Entwicklung anzugehen. Dazu gehören

- das weitgehende Leerfischen der afrikanischen Küsten durch die Fangflotten der reichen Länder,
- die kalte Enteignung vieler KleinbäuerInnen in Afrika durch das sog. Land Grabbing – d.h. die Aneignung von Land für zweifelhafte Zwecke und mit zweifelhaften Mitteln – durch internationale Agrarkonzerne,
- die Zerstörung der Kleinmärkte im ländlichen Afrika durch die Lieferung billiger Abfallprodukte aus der europäischen Massentierhaltung sowie
- die teilweise miserablen Arbeitsbedingungen in international und global operierenden Unternehmen und
- die Ausbeutung der Rohstoffreserven vieler Länder zugunsten der jeweiligen Eliten, ohne den Ertrag an die Bevölkerungen weiterzugeben.

Der durch all das erzeugte Hunger, die Verzweiflung und die Aussichtslosigkeit können nicht mehr schöngeredet werden.

Eine konzentrierte Wiederaufzucht der Fischbestände vor den afrikanischen Küsten, ein verbindlicher Verhaltenskodex für in den Ländern des Südens operierende Unternehmen und Agrarkonzerne, die Konzentration unseres Konsums auf umweltfreundliche regionale, saisonale und fair-trade Produkte und damit verbunden eine kräftige Unterstützung kleiner ländlicher Kooperativen und Subsistenz-Landwirtschaften in Afrika gehören auf die Agenda der dringendsten europäischen Aufgaben. Zum Ausgleich für die angerichteten Schäden sollten von Europa aus Bildungsprogramme, eine alternative Energiegewinnung, Brunnen und Wasseraufbereitung mit den vor Ort verfügbaren technischen Fähigkeiten gefördert werden sowie generell die Ermächtigung, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen („empowerment“).

Mit diesen Mitteln könnte die extreme Not in manchen afrikanischen Ländern gelindert werden. Die Not, die Menschen antreibt, die lebensgefährliche Flucht über das Meer in unzulänglichen Booten als letzten Ausweg zu versuchen.